

**5150/AB**  
**vom 26.03.2021 zu 5169/J (XXVII. GP)**  
 bmi.gv.at

 **Bundesministerium**  
 Inneres

**Karl Nehammer, MSc**  
 Bundesminister

Herrn  
 Präsidenten des Nationalrates  
 Mag. Wolfgang Sobotka  
 Parlament  
 1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.173.246

Wien, am 24. März 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Christian Hafenecker, MA und weitere Abgeordnete haben am 27. Jänner 2021 unter der Nr. **5169/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Flucht von Ex-Wirecard-Vorstand Jan Marsalek nach Minsk“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 13:**

- *Wann wurde Haftbefehl gegen Jan Marsalek erlassen?*
- *Wann erfolgte Marsaleks Ausreise aus Österreich?*
- *Zu welchem Zeitpunkt wurde dies den ermittelnden Behörden bekannt?*
- *Wann wurde der für den Flug von Bad Vöslau nach Minsk erforderliche Auslandsflugplan vorgelegt?*
- *Welche konkrete Abteilung prüfte diesen?*
- *Zu welchem Ergebnis kam man dabei?*
- *Wurde im Zuge dessen Jan Marsalek als Passagier erfasst?*
- *Durch welche Beamten wurde die notwendige Zollabfertigung durchgeführt?*
- *Mit welchem Ausweis hat sich Marsalek ausgewiesen bei der Kontrolle?*
- *Wurden bzw. werden mit den weißrussischen Behörden Verhandlungen über eine Auslieferung Marsaleks geführt?*
- *Wenn ja, wann wurden diese aufgenommen?*

- *Wenn ja, welche Ergebnisse konnten bisher erzielt werden?*
- *Falls nein, warum nicht?*

Um die nicht abgeschlossenen Ermittlungen im anfragegegenständlichen Zusammenhang nicht zum Nachteil der Strafrechtspflege zu beeinträchtigen und im Hinblick auf die Nichtöffentlichkeit des strafbehördlichen Ermittlungsverfahrens (§ 12 StPO) ist eine Beantwortung dieser Fragen nicht zulässig. Strafbehördliche Ermittlungsverfahren stehen unter der Leitung der Staatsanwaltschaften, deren Aufgaben in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Justiz ressortieren. Für die Beantwortung von parlamentarischen Anfragen zur Tätigkeit und Aufgabenerfüllung der Staatsanwaltschaften ist das Bundesministerium für Inneres nicht zuständig.

Karl Nehammer, MSc



